# Geld als Institution einer Marktökonomie

## Genese und Funktionsbedingungen

*Peter Spahn, Hohenheim*

### *Eine Vision verschwindet*

"Ich bin der Überzeugung, daß auch größere Körperschaften, Städte und Reiche in einer [...] organisierten Gemeinschaft glücklich leben könnten. Aber ich habe mir auch überlegt, daß das nur mit einer ausgewählten und besonders tüchtigen Bevölkerung funktionieren kann, die hart arbeitet und sich anstrengt. Die Leute müßten dann die Produkte ihrer Arbeit zuverlässig in öffentlichen Warenlagern abliefern; sie wiederum könnten sich ganz nach ihren Bedürfnissen mit allem Nötigen eindecken, das die anderen Handwerker und Erzeuger dort abliefern. Indes würde bei diesem Verfahren der Faulpelz, der seine Arbeit der Gemeinschaft vorenthält, auf Kosten der anderen schmarotzen; somit gäbe es weder eine Belohnung besonderen Fleißes durch ein Mehr an Wohlstand noch umgekehrt eine Bestrafung des Faulen in Form von zunehmender Armut. [...] In der vorgeschlagenen Gesellschaftsordnung [...] würden alle bei möglichst wenig Arbeit gleich gut leben wollen; deshalb wäre eine solche Gesellschaftsordnung nicht aufrechtzuerhalten. Als Verbesserung habe ich mir folgendes ausgedacht:

Man könnte darüber Buch führen, wie viel jeder arbeitet, und jeder könnte dann genau entsprechend der Höhe seines Einsatzes für die Gesellschaft am Ertrag der Arbeit der anderen beteiligt werden. Daher müßte man es so einrichten, daß derjenige, der seine Produkte in einem Magazin abliefert, eine Bestätigung folgenden Inhalts erhält: 'Der Inhaber dieses Scheines hat in die öffentlichen Lagerhäuser eine gewisse Menge einer bestimmten Ware [...] abgeliefert; damit ist er nun Gläubiger der Gesellschaft in Höhe dieses Wertes.' Unter keinen Umständen dürfte jemand ohne einen solchen Schein etwas aus dem Warenlager entnehmen oder mehr Waren herausholen, als der jeweilige Schein wert ist. Nach Einlösung des Guthabens müßte der Schein vernichtet werden. [...]

Da fiel es mir plötzlich wie Schuppen von den Augen, denn ich wurde der Tatsache gewahr, daß ich ohne Absicht mit meiner Gedankenkonstruktion beim tatsächlichen Zustand der Welt angelangt war. [...] *Die Scheine, das heißt das Geld, stellen im Prinzip das Gut haben dar, das man von der Gesellschaft für die eigene Arbeit bekommen hat.* [...] Geld ausgeben bedeutet, etwas von dem abzugeben, was man selbst [...] hart erarbeitet hat. Die Schwierigkeit im oben beschriebene System, die man durch das Gebot der Tugendhaftigkeit allein nicht hätte überwinden können, wird vollkommen beseitigt, indem man einfach das Eigeninteresse ins Spiel bringt. [...] Ohne daß ich jetzt noch viel dazu erzählen muß, werden meine Leser selbst weitergedacht und in meinen Betrachtungen *unsere bestehende Gesellschaftsordnung wiedererkannt haben, die auf Verträgen und Geld beruht*."

*Ferdinando Galiani (1751: 157 ff, meine Hervorhebungen)*



Daß Geld ein Medium einer gerechten Güterverteilung in einer Marktgesellschaft sein soll, ist eine These, die dem heutigen Zeitgeist ganz und gar nicht entspricht. Sie war auch vor 250 Jahren, am Ende des merkantilistischen Zeitalters, vermutlich nicht weit verbreitet, eine Außenseiterposition allenfalls. In dieser Epoche war Geld primär als knappes Finanzierungsmedium und deshalb als wachstumsbegrenzender Faktor begriffen worden. Dabei markiert Galianis Fragestellung ein zeitloses Thema in der Wirtschaftssystemdebatte und seine als Vision eingekleidete Analyse einer Geldwirtschaft ist (wie zu zeigen sein wird) durchaus modern.

Aber Galiani stellte die falsche Frage zum falschen Zeitpunkt. Der Merkantilismus hatte sich überlebt. Wenige Jahre später sollte sich dies an Steuarts (1770) merkantilistischem Spätwerk zeigen, das allen mittlerweile zweifelhaften protektionistischen Erfahrungen zum Trotze den "Staatsmann" als weisen Wohlfahrtsdiktator feierte (vgl. Anderson/Tollison 1984). Nicht mehr die beschauliche Frage nach einer sozial verträglichen Verteilung des zumeist durch Handel erworbenen Wohlstands stand im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, sondern der dynamische Wettbewerb in der Phase eines industriellen Take-off.

Erst Marx (1859, 42 ff) hat dann später, wenn auch nicht explizit, Galianis Gedanken wieder aufgenommen. Er diskutiert die Idee der "Stundenzettel", die den Beitrag einzelner Akteure zum Sozialprodukt dokumentieren sollten, erkennt aber sofort den Schwachpunkt in diesem Vorschlag: Man kann nicht jeden individuellen, sondern nur den *effizienten* Input an Arbeit als ökonomische Leistung honorieren. Damit war die "gesellschaftlich *notwendige* Arbeit" als allgemeiner Wertstandard in der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung etabliert – und Geld als ihre praktische Materialisierung, als Wertmesser für individuelle Marktangebote.

Während Galiani (1751, 159) noch empfohlen hatte, daß "der Fürst nach einem allgemeinen Maß für jede Ware den Wert festsetzt", sah Marx klarer, daß der *Markt* die Aufgabe der permanenten Bewertung der individuellen Beiträge zum Sozialprodukt zu übernehmen hat. Aber er blieb hinter Galiani zurück, weil er daran festhielt, daß Geld selbst ein Arbeitsprodukt sein müsse (Marx 1890, 99 ff), während Galiani (1751, 161) die Verwendung von Edelmetall nur aus Gründen der Fälschungssicherheit befürwortete und keinesfalls die Geldeigenschaft des Goldes aus seinem "edlen Charakter" oder aus seinem intrinsischen Wert ableitete. Insofern ist Galiani unzutreffenderweise als – wenig bedeutender – Metallist eingestuft worden; er ging übrigens primär als ein Vorläufer der subjektiven Wertlehre in die ökonomische Dogmengeschichte ein.

Die Frage nach einer wirtschaftlich effizienten und sozial gerechten Gesellschaftsordnung wurde unmittelbar nach Marx, um 1870, auch von der neoklassischen Ökonomie auf die Tagesordnung gesetzt. Die walrasianische Allgemeine Gleichgewichtstheorie war ein kühner Entwurf eines Gesellschaftsmodells, weniger eine positive Beschreibung der Realität als ihr normativer Gegenentwurf. Korrespondierend zu der sich entwickelnden Idee einer demokratischen, auf individuellen Präferenzen beruhenden Gesellschaftsordnung wird hier Wirtschaften dadurch beschrieben, daß

∗ Individuen über in ihrem Eigentum befindliche Ressourcen frei disponieren,

∗ dabei eine Zielfunktion verfolgen, die ihr subjektives Wohlbefinden mit der Nutzung von Ressourcen verknüpft,
∗ mit anderen Individuen freiwillige Vereinbarungen zur wechselseitigen Verbesserung ihrer subjektiven Lage treffen können und
∗ diese Kontrakte durch den Austausch von Gütern und Diensten erfüllen.

Die Gesellschaft als Tauschbörse – dieser Forschungsansatz hat dann bis auf den heutigen Tag von vielen Seiten Kritik erfahren. Seine Leistungsfähigkeit zur Erklärung ökonomischer Probleme war umstritten; die Verheißung eines Wohlfahrtsoptimums durch freie Marktpreisbildung wurde stellenweise als Apologetik eingestuft; und schließlich war das Geld als wesentlicher Bestandteil des Marktmodells verschwunden, da man mit der Fiktion eines direkten Gütertausches argumentierte. "The most serious challenge that the existence of money poses to the theorist is this: the best developed model of the economy cannot find room for it" (Hahn 1982, 1). Tatsächlich aber – dies ist die These dieses Beitrags – kann eine Marktökonomie nicht ohne Geld existieren, das aus einem impliziten Kontrakt zwischen den Subjekten hervorgeht, die Kohärenz dieser monetären Wirtschaftsordnung herstellt und als Medium der Verteilung von Einkommen fungiert.

### *Die "kritische" Wiederentdeckung des Geldes*

Die nach dem Zeitalter des Merkantilismus einsetzende Verdrängung des Geldes aus der ökonomischen Theorie hatte eine merkwürdige Konsequenz: Kritiker der herrschenden Lehre verschiedenster Provenienz versuchten nicht nur, Unzulänglichkeiten der volkswirtschaftlichen *Theorien* einer mangelnden Berücksichtigung monetärer Themen anzulasten, sondern äußerten auch die Vermutung, daß ökonomische und soziale Defizite des *Marktsystems* dem Geld zuzuschreiben seien.

So ist die Ansicht weit verbreitet, *Arbeitslosigkeit* sei eine notwendige Begleiterscheinung einer Geldwirtschaft. Diese These nimmt zumeist einen Vergleich mit dem fiktiven System einer reinen Tauschwirtschaft vor. In einfachen Modellen läßt sich hier zeigen, daß unter bestimmten Bedingungen für jede Ressource ein markträumender Preis existiert. Geld scheint diese heile Welt zu zerstören, weil es den zweiseitigen Charakter des Tauschaktes aufhebt und damit ein Koordinationsversagen der Märkte erzeugen kann: Ein Ressourcenangebot signalisiert nicht mehr unmittelbar eine Nachfrage nach anderen Gütern; so erscheint die Lohnzahlung aus Sicht der Unternehmen nur noch als Kostenfaktor, nicht als nachfragewirksames Einkommen.

Aber auch in einer Tauschwirtschaft wollen die Arbeiter im Regelfall nicht die Güter konsumieren, an deren Produktion sie beteiligt sind; die Informationsdefizite der Akteure, die Pareto-verbessernde Kontrakte verhindern, wären in einer nicht-geldlichen Wirtschaft aufgrund der uneinheitlichen Wertstandards und Zahlungsmittel viel größer. Das Geld hat in dieser Debatte "von Anfang bis zum Ende eine katastrophale Rolle gespielt. [...] Die Vorstellung, daß



in einer Naturalwirtschaft keine Arbeitslosigkeit auftreten würde, ist grotesk" (Hahn 1977, 257 f).

In jüngerer Zeit ist verstärkt die *Instabilität auf den Finanzmärkten* in die Diskussion geraten; auch hier wird die Geldebene als Störfaktor des Wirtschaftsgeschehens angesehen. Nun vermitteln die Finanzmärkte Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, die der Natur der Sache nach eine prekäre Stabilität aufweisen. Die Besonderheit in einer entwickelten Geldwirtschaft ist jedoch, daß die "letzten" Gläubiger und Schuldner durch eine Vielzahl von Finanzintermediären voneinander getrennt sind, wodurch sich zum einen für die Anleger eine bessere Risikoabsicherung gegen Forderungsausfälle ergibt; zum anderen erhalten Schuldner eine langfristige Finanzierung, obwohl die individuelle Liquidität der Anleger durch die Handelbarkeit der Forderungstitel gesichert bleibt. Die zuweilen monierte Vervielfachung der finanziellen Umsätze und ihre "Abkoppelung" von der güterwirtschaftlichen Ebene der Aneignung und des Verzichts auf Ressourcen ist keine Fehlentwicklung der Geldwirtschaft, sondern Zeichen ihrer Effizienz.

Der entscheidende Punkt ist zudem, daß das fragile Netz von Forderungs- und Schuldbeziehungen gerade nicht auf der Existenz von Geld beruht. Wenn etwa Altvater (1992, 112) schreibt "Geld erlaubt das Eingehen intertemporaler Verpflichtungen", so wird der Sachverhalt auf den Kopf gestellt: Faktisch *verhindert Geld durch den Zahlungsvorgang die Entstehung von Schuldverhältnissen*, die ansonsten bei der Nachfrage nach Gütern und Diensten gegenüber ihren Anbietern auftreten würden. Eine nicht-geldliche Tauschwirtschaft würde eine Verpflichtungsökonomie begründen, in der die Anbieter von Ressourcen als Gegenleistung nur Forderungen auf künftige Güterlieferungen von ihren Kunden erhalten könnten. Denn letztere verfügen aller Wahrscheinlichkeit nach (aufgrund einer mangelnden "double coincidence of wants") zum Zeitpunkt des Kaufs nicht über die Güter in der Struktur, an denen der Verkäufer interessiert ist.

Es ist unmittelbar einsichtig, daß die so entstehende Ebene von interpersonellen und intertemporalen Verpflichtungen wesentlich komplexer, unübersichtlicher und instabiler wäre als das Netz von Geldforderungen, weil hier
∗ zunächst ein Großteil der Transaktionen durch sofortige Zahlungen abgewickelt wird,
∗ die verbleibenden Forderungen in standardisierten Medien (Währungen) ausgedrückt sind und deshalb
∗ Finanzintermediäre die Dienstleistung des Risiko- und Liquiditätsmanagements übernehmen.

Keynes' (1936, 248) berühmter Satz "Die Bedeutung des Geldes rührt im wesentlichen daher, daß es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt" hat möglicherweise eine falsche Fährte gelegt. Denn faktisch vermag Geld über den Zahlungsvorgang die zeitliche Dimension aus dem Wirtschaftsleben zu eliminieren, indem die aus einer einseitigen Güterübertragung entstehende Schuld sofort beglichen wird. In der keynesianischen Literatur wurde jedoch Geld primär zu einem Medium der Bewältigung von Zukunfts-

unsicherheit stilisiert. Die Geldhaltung, mit der die Wirtschaftssubjekte phasenweise auf ein nicht mehr rational erfaßbares Marktgeschehen reagieren, wird als Störfaktor wahrgenommen, der die Realisierung eines Wohlfahrtsoptimums bei Vollbeschäftigung verhindert.[1] Konsequenterweise rief Keynes (1936, 197) nach einer "unter öffentlicher Leitung" stehenden Notenbank, die die beschäftigungsgefährdende Liquiditätspräferenz der privaten Wirtschaftssubjekte durch eine Politik des leichten Geldes überspielen solle – und dabei geriet aus dem Blickfeld, daß Arbeitslosigkeit in aller Regel nicht durch das Horten von Geld, sondern durch die Politik eben dieser Notenbanken entsteht.

Die beanspruchte Kompetenz des Keynesianismus in monetären Fragen ist durchaus zweifelhaft: Seine verschiedenen Theorieströmungen eint im Grunde der Gedanke, *die Existenz von Geld zerstöre die Kohärenz der Ökonomie*; Arbeitslosigkeit, finanzielle Instabilität und Unsicherheit seien der Ausdruck der so entstandenen pathologischen Marktkonstellation (Minsky 1980; Altvater 1992, 105 ff). Der Keynesianismus schreibt der *Existenz* des Geldes wohlfahrtsschädliche Folgen zu, erklärt jedoch nicht, warum überhaupt Geld verwendet wird. Damit leistet er der populären Vorstellung Vorschub, man solle und könne die Ebene der finanziellen Beziehungen von der "wirklichen" Wirtschaft abtrennen oder zumindest in wohlfahrtsförderlicher Weise kontrollieren.

Zu erklären ist aber umgekehrt der Beitrag, den Geld zur *Kohärenz* einer Marktgesellschaft leistet; und dies erschließt sich erst aus einer mikroökonomischen Analyse der Funktionsweise eines dezentralen Systems, den Organisations- und Kommunikationsstrukturen, die individuelle Präferenzen und physische Erstausstattungen überhaupt erst zu einer Wirtschaftsordnung formen.[2] Auch die Betonung des Umstands, daß Geld das definitive Schuldentilgungsmittel in dieser Ökonomie sei (Riese 1995), hängt in der Luft, wenn nicht geklärt ist, warum die Marktakteure überhaupt geldliche Kontrakte abschließen (Heering 1999). Geld ist kein Störfaktor, sondern ein zentrales Ordnungselement eines marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystems.

### *Institution als ökonomische Kategorie*

Die Redeweise von Geld als einer "Institution" der Marktgesellschaft taucht schon früh in der postkeynesianischen Literatur auf. Minsky (1982, 280) schrieb: "Monetary economics cannot help but being institutional economics". Was war damit gemeint?

Zum einen klingt immer wieder das Beschäftigungsproblem an: Geld erscheint als begrenzender Faktor in der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion und sei daher für Ar-

[1] "There is a mystical school of monetary thought which holds that the existence of money has something to do with uncertainty (as distinct from risk) and the impossibility of rational calculation" (Gale 1982, 182; vgl. Barens 1988; Gijsel/Haslinger 1988; Kromphardt 1988).

[2] Insoweit ist das neoklassische Instrumentarium bei der Analyse der Geldfunktionen methodisch angemessener als ein vorwiegend makroökonomisch ausgerichteter Keynesianismus.



beitslosigkeit verantwortlich; dabei steht Geld der Güterwelt, dem privaten Marktgeschehen, als ein irgendwie fremdes Element, als "institutional monopoly" gegenüber; die Währungsbehörde hat entsprechend die Aufgabe, die gemeinschaftsschädliche Nutzung dieses Mediums durch ein entsprechendes Gegensteuern zu verhindern (Kregel 1980; Dillard 1980 und 1987).

Eine zweite Forschungsrichtung schließt hier an. Sie betont den angeblichen Zwang der Notenbank, den Geldbedarf des privaten Sektors zu befriedigen (Lavoie 1984), befaßt sich mit dem Banksektor als dem institutionellen Bereich der Finanzierungsvorgänge, neigt hier dazu, Geld mit Kredit zu verwechseln[3], und thematisiert wirtschaftlich relevante Besonderheiten in der technischen Abwicklung finanzieller Kontrakte und Transaktionen (Kregel 1995). Der Begriff der Institution wird hier also eher im Sinne von Organisation gebraucht.

Eine weitaus größere Bedeutung hat demgegenüber ein übertragener Institutionsbegriff gefunden, worunter man von allen Gesellschaftsmitgliedern gebilligte Regelmäßigkeiten sozialen Verhaltens versteht, die in einer nur formal regulierten wirtschaftlichen Ordnung das Handeln des einzelnen für andere zumindest ansatzweise vorhersehbar machen und damit zur Verringerung der Unsicherheit beitragen: "An institution is defined [...] as a decision or behavior *rule* (or pattern of behavior) governing the activities of individuals in *recurrent multipersonal* situations."[4]

∗ Der Aspekt der "Regel" kann bedeuten, daß bei abweichendem Verhalten allgemein Sanktionen erwartet werden; eine Regel kann auch ein *erwartetes* Verhalten anderer Akteure begründen, dessen Berücksichtigung individuelle *Vorteile* (negative Sanktionen) verspricht. So beruht die individuelle Akzeptanz des Geldes als Zahlungsmittel auf der Erwartung seiner Akzeptanz durch Dritte.

∗ Der Aspekt "wiederholter Interaktionen" deutet darauf hin, daß das *Lernen* der Akteure eine Rolle spielt. Die Spieltheorie zeigt, daß – im Gegensatz zu einmaligen Entscheidungen – bei wiederholten Spielen auch ohne formelle Kontrakte kooperative, für alle Beteiligten vorteilhafte Lösungen gefunden werden können. Auf diese Weise kann sich auch die Nutzung eines bestimmten Mediums als Geld durch eine implizite Übereinkunft etablieren. Soziale Konventionen sind als Koordinationsspiele ohne Interessengegensätze interpretierbar. Kein Spieler hat einen Anreiz, von seinem Aktionsplan abzuweichen, solange andere dies auch nicht tun (Axelrod 1984; Richter 2002). Die *anhaltende* Nutzung eines Geldmediums beruht insoweit auf einem – stets labilen – Erwartungsgleichgewicht.

Welche Aufgaben erfüllen Institutionen in einer Marktgesellschaft? In welcher Weise ist letztere ohne die ersteren unvollständig oder defizitär? Eine solche Fragestellung führt deshalb in die Irre, weil sie zumindest implizit ein Idealbild einer ökonomischen Ordnung als

[3] "Loans constitute the majority of money" (Arestis/Eichner 1988, 1017).

[4] Elsner 1989, 191; vgl. Schotter 1981, 11; Richter 1990, 76. Eine ähnliche Formulierung gibt Matthews (1984, 108): "Institutions are defined as those modes of behaviour that (a) are concerned with inter-personal relationships and (b) are [...] understood and expected to be generally adopted in certain types of situation."

Vergleichsmaßstab benötigt, das stets stark normativ geprägt ist und deshalb zur Analyse "real existierender" Ordnungen nur bedingt tauglich ist. Methodisch sinnvoller ist der Ansatz, Zielsetzungen gesellschaftlicher Akteure dahingehend zu unterscheiden, ob sie individuell oder nur gemeinschaftlich (auch auf dem Wege einer nur informellen Kooperation) zu erreichen sind.

Dabei werden auch Widersprüche innerhalb der individuellen Zielfunktionen deutlich. So könnte der Wunsch nach optimaler Güterversorgung durchaus auch in einem gewaltsamen Zugriff auf die Ressourcen anderer Gesellschaftsmitglieder enden. Die Erkenntnis, daß dies letztlich jedem einzelnen schadet, kann zur Ausdifferenzierung eines langfristigen Interesses an Eigentumssicherheit führen. Klarerweise zahlt sich dieses nur aus, wenn sich alle daran halten. Um nicht zu hohe Anforderungen an die Einsichtsfähigkeit der Individuen zu stellen und sie bei ihrem Verhalten von der permanenten Abwägung zwischen kurz- und langfristigen Interessen zu entlasten, bietet sich schließlich an, eine Übereinkunft dahingehend zu treffen, den Eigentumsschutz als Aufgabe einer neutralen Instanz zu übertragen.

Neben dem Eigentumsrecht gilt insbesondere das Geld als "Institution par excellence"; "Geldtheorie ist eine Theorie des Tauschs mit Geldgebrauch. Beides, Tausch wie Geldgebrauch, sind soziale Erscheinungen. Beide lassen sich nur im Rahmen eines sozialen Modells erklären" (Richter 1990, 67, vii). Die Metapher "Tausch mit Geldgebrauch" geht auf Max Weber zurück, der auch andeutet, daß die Verwendung von Geld nicht bloß der Tauschwirtschaft eine effizienzsteigernde Institution hinzufügt, sondern eine Wirtschaftsordnung sui generis schafft.[5] Dieser Gedanke ist allerdings von Seiten der herrschenden Wirtschaftswissenschaft nicht aufgegriffen worden; sie pflegt ihre fundamentalen Lehrsätze aus der fiktiven Welt einer Realtauschökonomie zu konstruieren.

Da die Funktionen des Geldes nur in einem sozialen Bezugsrahmen wechselseitig anerkannter Konventionen und Regeln analysiert werden können, ist aus soziologischer Sicht jüngst die These vertreten worden, "daß das grundsätzliche Paradigma der Wirtschaftstheorie für die Gelderklärung kategorial unterausgestattet ist" (Ganßmann 2000, 506). Aber dieser Alleinvertretungsanspruch der Soziologie beim Thema der Institutionen ist nicht gerechtfertigt. In den Wirtschaftswissenschaften hat sich seit einiger Zeit ein eigener Zweig der Institutionenökonomie gebildet. Konventionen, Normen und Regeln werden nicht nur passiv als Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns anerkannt, sondern zunehmend wird auch ihre Genese aus dem Marktprozeß zu erklären versucht.

[5] "Jeder Tausch mit Geldgebrauch (Kauf) ist [...] Gemeinschaftshandeln kraft der Verwendung des Geldes, welches seine Funktion lediglich kraft der Bezogenheit auf das potentielle Handeln anderer versieht. Denn daß es genommen wird, beruht ausschließlich auf den Erwartungen, daß es seine spezifische Begehrtheit und Verwendbarkeit als Zahlungsmittel bewahren werde. Die Vergemeinschaftung kraft Geldgebrauchs ist der charakteristische Gegenpol jeder Vergesellschaftung durch rational paktierte oder oktroyierte Ordnung. Es wirkt vergemeinschaftend kraft realer Interessenbeziehungen von aktuellen und potentiellen Zahlungsinteressenten, daß das Resultat: bei Vollentwicklung die sog. Geldwirtschaft, die sehr spezifischer Art ist, sich so verhält, als ob eine auf seine Herbeiführung abgezweckte Ordnung geschaffen worden wäre" (Weber 1976, 382).



Das grundsätzliche Paradigma der Wirtschaftstheorie ist im Hinblick auf die Erklärung sozialen Verhaltens durchaus ähnlich zur Soziologie. Gesellschaftliche Phänomene werden als Folge- und Nebenprodukt individueller Interessenverfolgung interpretiert und analysiert. Die ökonomische Theorie ist in diesem Zusammenhang regelmäßig für ihre Kunstfigur, den "homo oeconomicus", kritisiert worden, der in streng rationaler Weise individualistische Zielfunktionen unter Nebenbedingungen maximiert.

Aber zum einen sind auch kollektive oder altruistische Zielsetzungen damit vereinbar. Zum anderen ist der Begriff der Rationalität oft mißverstanden worden. Die Formalisierung individueller Entscheidungen in ökonomischen Modellen scheint die logische Stringenz menschlichen Alltagsverhaltens zu überfordern. Aber der unterstellte Grad an Rationalverhalten kann natürlich nicht die Scheidelinie zwischen Ökonomie und Soziologie sein; ebenso wenig kann das Konzept einer "bounded rationality" als Weg einer wechselseitigen Annäherung der Disziplinen dienen (so Williamson 1985), weil eine Optimierung definitionsgemäß durch *Beschränkungen* charakterisiert ist, die durch Informationsstand oder Informationsverarbeitungsfähigkeit gesetzt sein können. "*True* knowledge is not necessary for maximization" (Boland 1981, 1032; vgl. Matthews 1984).

Geld als Institution einer Marktgesellschaft kann grundsätzlich mittels der ökonomischen wie der soziologischen Theoriesprache analysiert werden. Im Kern geht es um Durchsetzung und Stabilität eines gemeinsamen "Standards". Geld kann als eine Art öffentliches Gut verstanden werden, dessen Verwendung die übliche Netzwerkexternalität steigender Skalenerträge aufweist. Damit wird eine Steigerung der statischen und dynamischen Effizienz des Wirtschaftsprozesses möglich; zugleich entsteht so eine Wirtschaftsordnung sui generis, in der die individuelle Interessenverfolgung die Form monetärer Investitionskalküle annimmt.

### *Geld als soziale Treuhandinstanz*

Geldwirtschaft ist keine Alternative zu einer Tauschwirtschaft, hat sich aus ihr auch nicht historisch entwickelt[6], sondern ist praktisch die einzige Form, in der Mitglieder einer Privateigentumsgesellschaft miteinander ökonomisch kommunizieren können. Dies wird sofort deutlich, wenn man die in der ökonomischen Theorie lange Zeit gepflegte Übung betrachtet, eine Marktordnung als einmalige (!) Auktion aller gegenwärtigen und zukünftigen (!) Tauschakte zu begreifen.

Das analytische Nachfolgemodell einer Sequenzökonomie operiert bereits mit der für die Institutionenökonomie zentralen Unterscheidung zwischen Gütern und den Verfügungsrech-

[6] Vorsorglich sei darauf hingewiesen, daß Erklärungsversuche zur historischen Geldentstehung strikt von der Analyse der Geldfunktionen zu trennen sind. Insbesondere sagen frühe Geldmedien nicht mehr über das "Wesen des Geldes" als heutige Erscheinungsformen aus (vgl. Gale 1982, 182; Richter 1990, 117; Heering 1999).

ten über diese Güter: Eine Sequenz von wirtschaftlichen Interaktionen in historischer Zeit führt notwendigerweise dazu, daß die Akteure Verträge über die künftige Lieferung von Gütern und Diensten schließen müßten, da wie bereits erwähnt eine sofortige "reale", der jeweiligen Präferenzstruktur entsprechende Gegenleistung nicht erwartet werden kann (vgl. Laidler 1988; Richter 1990, 69).

Aber diese Modifikation der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie hielt im Grunde implizit daran fest, daß "a promise to deliver a commodity is as good as the thing itself" (Gale 1982, 235). Damit wird vorausgesetzt, daß alle Verträge termingemäß voll erfüllt werden. "Die Regelungen der elementaren Rechtsordnung werden annahmegemäß von den Individuen strikt eingehalten" (Richter 1990, 70). Offenbar ist diese Annahme mehr als problematisch:

∗ Entweder wird ein hohes Maß wechselseitiger Information über die Solidität der Vertragspartner vorausgesetzt, so daß nur "sichere" Verträge geschlossen werden; dies ist unrealistisch und restringiert als Norm das Wirtschaftsleben in unnötiger Weise.

∗ Oder man vertraut auf die Signalwirkung einer effizienten Rechtsordnung, die die Ansprüche der Gläubiger durchsetzt; aber bedenkt man die unüberschaubare Vielfalt informeller Vereinbarungen mit inhaltlich nicht standardisierten Forderungen, deren Geltung zudem von nicht zweifelsfrei beobachtbaren Umweltzuständen abhängig gemacht werden kann, wird schnell klar, daß jede Justiz damit überfordert wäre.

Die Institution des Rechts reicht allein als Rahmenbedingung zur Sicherung effizienter Marktbeziehungen nicht aus. Zu erwarten wäre in diesem Fall, daß viele Transaktionen aufgrund zu hoher Informationskosten bzw. befürchteter Risiken gar nicht zustandekämen. Anders ausgedrückt: Den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen fehlt das nötige Vertrauensmoment. Es liegt ein Marktversagen in dem Sinne vor, daß der Markt gar nicht erst eröffnet wird. Aus diesem Grund greift aber auch der traditionelle Ansatz einer Gelderklärung mittels Einsparung von Transaktionskosten zu kurz: Denn damit wird eine auf Tauschhandlungen basierende Gesellschaft vorausgesetzt, die dann durch die Verbesserung der Transaktionstechnologie Effizienzgewinne realisiert; unerklärt bleibt jedoch, wie ökonomisches Handeln in einer Marktgesellschaft überhaupt möglich ist (vgl. Luhmann 1988, 230 f; Heering 1999).

Marktgesellschaften sind schon aufgrund ihrer Größe und Komplexität "low-trust societies". Das bei der Marktinteraktion auftretende Vertrauensproblem ergibt sich aus Informations- und Reputationsdefiziten im Hinblick auf Bereitschaft und Fähigkeit von Marktpartnern, Gegenleistungen für eigene Vorleistungen zu erbringen, die als "faire" Kompensation angesehen werden können. "Trust is an important lubricant of a social system. It is extremely efficient; it saves a lot of trouble to have a fair degree of reliance on other people's word. Unfortunately this is not a commodity which can be bought very easily. If you have to buy it, you already have some doubts about what you've bought" (Arrow 1974, 23). Geld stellt aus dieser Perspektive einen evolutorischen Versuch dar, diese Interaktionsprobleme zu entpersonalisieren. "The institution of money can act as a substitute for trust" (Gale 1982, 239).

Die grundlegende These der neueren Forschung auf dem Gebiet der monetären Theorie ist,



daß die Realisierung der gefährdeten Zwei-Parteien-Geschäfte durch ihre Umgestaltung zu Drei-Parteien-Geschäften gesichert wird. Die dritte Partei agiert als Treuhänder oder Mediator, sie bringt ihre Reputation in potentiell instabile bilaterale Geschäftsbeziehungen ein und entlastet die Beteiligten von der Notwendigkeit, ansonsten bei jedem Kontrakt ihre individuelle Solidität unter Beweis stellen zu müssen. Der Nachfrager eines Gutes, der durch Geschäftsabschluß und Güterübertragung zum Schuldner geworden ist, stellt keinen eigenen Schuldschein aus, der ihn zur späteren Lieferung anderer Güter und Dienste verpflichtet, sondern übergibt den Schuldschein des "dritten" Akteurs an den Verkäufer. Dieser Schein wird aufgrund der *allseits bekannten* Solidität seines Emittenten als *Zahlung* akzeptiert, was bedeutet, daß das Schuldverhältnis zwischen Käufer und Verkäufer damit getilgt ist. Deshalb wird dieser Schein zu *Geld*.[7] Ist ein Geldmedium als unmittelbares Zahlungsmittel im Markt anerkannt, so folgt daraus, daß auch intertemporale Verträge letztlich diskontierte Zahlungsversprechen darstellen und keine direkte Güterleistung des Schuldners beinhalten. Damit wird Geld zum "standard of deferred payment".

Geld entsteht aus dem Kredit: Die ursprüngliche Forderung gegen einen Erwerber von Gütern und Diensten, die das Ergebnis eines bilateralen Geschäfts zwischen Ressourcenanbietern und -nachfragern wäre, wird *als unmittelbare Zahlung* durch eine Forderung gegen den Geldemittenten ersetzt; und da letztere wiederum in anderen Kaufakten an Dritte als Zahlungsmittel weitergereicht werden kann, erweist sich diese als Forderung gegen den Markt allgemein, eben weil jeder Ressourcenanbieter bereit ist, gegen dieses Zahlungsmittel Güter und Dienste abzugeben. Demgegenüber wären die ursprünglichen Forderungstitel gegen Ressourcenerwerber "named commodities" und insoweit stets von Risiko des Forderungsausfalls bedroht.

Gerade dieses Interaktionsproblem wird durch Geld gelöst: Die Gläubiger (Verkäufer) sind nicht gezwungen, sich Informationen über die Solidität ihrer Schuldner (Käufer) zu verschaffen, letztere zahlen unmittelbar mit einem Medium, dessen Akzeptanz auch nicht dadurch zu Schaden kommt, wenn es von Akteuren zweifelhaften Rufs zum Kauf verwendet wird. "Because money is a claim on the economy as a whole rather than on a single individual, there is no need to acquire information about the individual who offers it in exchange. [...] It is information costs that lie at the bottom of any difference between money and other assets."[8]

Diese informationstheoretisch-ökonomische Argumentation wird im Ergebnis aus soziologischer Sicht geteilt. Luhmann (1968, 66) gelangt zur gleichen Schlußfolgerung: "Wer Geld hat, braucht [...] anderen nicht zu vertrauen." Und schon Simmel (1907, 213 f) sah, "daß alles

---

[7] "Monetary relations are trilateral. Monetary exchange [...] involves a third party of those authorities that may legitimately produce money" (Ingham 2000, 23; vgl. Coleman 1990, 119, 186; Heering 1999; Kiyotaki/Moore 2002). Siehe zum folgenden auch Spahn (2002).

[8] Gale 1982, 187 f; vgl. Ostroy/Starr 1990; Richter 1990, 71. Die Ableitung des Geldes als allgemeine Forderung gegen den Markt aus ursprünglichen Kreditforderungen gegen spezifische Schuldner findet sich bereits bei dem ansonsten wenig bekannten Spätklassiker Macleod (vgl. Skaggs 1997; Spahn 2001, 7 ff).

Geld nur eine Anweisung auf die Gesellschaft ist; es erscheint gleichsam als ein Wechsel, in dem der Name des Bezogenen nicht ausgefüllt ist. [...] Die Solvierung jeder privaten Verbindlichkeit durch Geld bedeutet eben, daß jetzt die Gesamtheit diese Verpflichtung gegen den Berechtigten übernimmt. [...] Der Unterschied zwischen dem gedeckten und dem ungedeckten Papiergeld [...] ist dabei ganz irrelevant."

Die Akzeptanz einer für sich genommen wertlosen Geldnote als endgültiges Äquivalent für ein Arbeitsopfer oder einen definitiven Ressourcenverzicht stellt eine offenbar höchst voraussetzungsvolle Abstraktionsleistung dar. Indem sich die Marktakteure darauf einlassen, ihre realwirtschaftlichen Interessen gleichsam stellvertretend auf einer symbolischen Ebene nominaler Kontrakte auszutragen, respektieren sie im Grundsatz die in *marktbestimmten Geldpreisen* zum Ausdruck kommende Bewertung ihrer subjektiven Leistungen. Schon in der frühen, noch tauschtheoretisch denkenden Allgemeinen Gleichgewichtstheorie war der Gedanke einer "accounting economy" angelegt. Schumpeter (1970, 206 ff) nahm in den 30er Jahren den Faden Galianis wieder auf und sprach von einem "sozialen Hauptbuch", in dem eine Art volkswirtschaftlicher Buchhaltung die individuellen Transaktionen zu verzeichnen habe.

Das Vertrauensproblem in bilateralen Kontrakten, zu dessen Lösung die Intermediation durch das Geld beiträgt, weist eine allgemeinere Dimension auf. Dabei geht es um das Vertrauen in die "Fairness" gesellschaftlicher Einkommensbildung und -verteilung. Die "soziale Buchhaltung" soll sicherstellen, daß jeder zu jedem Zeitpunkt in der Sequenz seiner Marktaktionen innerhalb seiner Budgetrestriktion bleibt, also entweder sofort zahlt oder Geldschulden eingeht, so daß "each agent could be trusted to take out of the economy, in value terms, exactly what he put in" (Gale 1982, 186; vgl. Ostroy/Starr 1990; Richter 1990, 104).

Nun werden Interaktionen und Transaktionen in der Marktwirtschaft von keinem Auktionator oder Buchhalter aufgezeichnet. Die universelle Bewertung individueller Leistungen durch Geld tritt in diese Lücke. "Der 'unit act' der Wirtschaft ist die Zahlung" (Luhmann 1988, 52). Über das Geld soll nicht nur die ökonomisch notwendige Kompatibilität und Kohärenz individueller Aktivitäten, sondern auch ein als fair empfundener Verteilungsmodus hergestellt werden: Man stelle sich zwei Robinsons vor, deren einziger Kontakt in gelegentlichen wechselseitigen Essenseinladungen besteht. Jeder möchte die Arbeit des Kochens vermeiden, und da sie alt und vergeßlich geworden sind, entsteht immer wieder Streit darüber, wer als nächster einladen muß – bis sie auf die Idee kommen, einen kleinen Stein grün anzumalen und jeweils dem Gastgeber mitzubringen, was diesen dann später berechtigt, gegen Übergabe des Steins seinerseits eine Mahlzeit zu empfangen.[9]

Entscheidend ist danach nicht, daß die Verwendung von Geld die Transaktionskosten senkt; vielmehr signalisiert die *Zahlung im allgemeinen Wertstandard Geld*, daß ein Marktteilnehmer die gesellschaftlichen Kosten seiner Ressourcennutzung zu tragen bereit ist (Ostroy/Starr 1990). Die allseits praktizierte Norm, daß Güter und Einkommen (im Prinzip)

[9] Diese von Ostroy und Starr (1990) geschilderte Parabel läßt auch die Gepflogenheit von Gastgeschenken in der zivilisierten Welt in neuem Licht erscheinen.



nicht auf dem Wege eines Übervorteilens im bilateralen Tausch, nicht durch persönliche Beziehungen oder unmittelbare Gewalt verteilt werden, kann insoweit den Prozeß individueller Interessenverfolgung beruhigen; die Marktakteure wissen, daß die Güteraneignung "objektiv" via Geldzahlung erfolgt. Geld fungiert dabei nicht nur als ein Kommunikationsmittel, sondern auch und vor allem als Medium der legitimen Übertragung von Eigentumsrechten. "Das Problem Knappheit wird durch Geld [...] in eine andere Form gebracht [...]: in die Form von Geldknappheit. Das Problem Knappheit [...] entsteht, wenn jemand im Interesse der *eigenen Zukunft andere vom Zugriff auf Ressourcen ausschließt.* Die Frage ist: Wann und wie darf er das? [...] Die Antwort, die das Kommunikationsmedium Geld ermöglicht, lautet: *wenn er zahlt*" (Luhmann 1988, 252; vgl. 19, 46 f, 69, 196 f, 246 f, 253 ff ).

### *Grenzen der monetären Allokation von Einkommen*

Marx (1859, 45) hatte durchaus Recht mit seiner These, daß sich Produktionsverhältnisse und soziale Beziehungen einer kapitalistischen Marktökonomie in einem den Individuen gegenübertretenden Gegenstand, im Geld, darstellen. Unverständlich ist allein, wieso man in Anschluß daran Geld als "Symbol der Vereinheitlichung von Gesellschaften in verkehrter Form" charakterisieren kann (Altvater 2001, 500) – denn was ist am Gelde verkehrt? Hinter derartigen Metaphern verbirgt sich wohl die romantische Vorstellung friedlicher Gemeinwesen, die über die Ressourcenverteilung im kollektiven, herrschaftsfreien Diskurs entscheiden. Aber andererseits verlangt die von Galiani angedeutete und von der modernen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie wie von Luhmann aufgegriffene These, daß Geldpreise als "objektive" Bewertungen individueller Marktleistungen gelten und eine über Geldzahlungen vermittelte Zuteilung von Einkommen als "fair" angesehen wird, durchaus nach einer Relativierung.

Zunächst ändert natürlich ein in Geldeinheiten normierter Wettbewerbsprozeß nichts daran, daß relative Markteinkommen im subjektiven wie gesellschaftlichen Urteil zuweilen wenig Kontakt zu den entsprechenden individuellen Leistungen haben. Hayek hat sich schon früh von der traditionell neoklassischen Rechtfertigungslehre zur Einkommensverteilung distanziert, wonach jedem Lohn eben auch ein Grenzprodukt als Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt gegenüberstehe. Er interpretiert die Marktordnung in diesem Zusammenhang als eine Art Lotterie und fordert von den Mitspielern, die Ergebnisse dieses System wegen seiner allgemein als überlegen eingeschätzten Effizienz auch dann zu akzeptieren, wenn sie sich temporär zu den Verlierern gehörend wähnen.[10]

[10] "Da niemand in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Einkommen verteilt (wie es in einer Organisation der Fall sein müßte), ist es einfach Unsinn, hier von gerechter oder ungerechter Verteilung zu sprechen. [...] Alle Bestrebungen, eine 'gerechte' Verteilung sicherzustellen, müssen darum darauf gerichtet sein, die spontane Ordnung des Marktes in eine Organisation umzuwandeln, mit anderen Worten, in eine totalitäre Ordnung. [...] Die Vorstellung, daß wir das Einkommen, das wir in glücklicheren Zeiten hatten, 'verdienten' im Sinne eines moralischen Verdienstes und wir deswegen einen Anspruch darauf haben, so lange wir genau so ehrlich dafür arbeiten wie vorher [...] ist völlig irrig. Jedermann, ob arm oder reich, erreicht sein

Wenn Verträge nicht in Einheiten konkreter Leistungen des Schuldners geschrieben werden, sondern in einer bloßen Quantität von Forderungsrechten gegen einen Dritten, so wird die reale wirtschaftliche Last des Schuldners nicht direkt gegenüber dem Gläubiger abgearbeitet, sondern gleichsam anonymisiert. Der Gläubiger mag *annehmen*, daß der Schuldner Mühen auf sich nehmen muß, um sich am Markt Geld als universelles Schuldendeckungsmittel zu beschaffen. Aber letztlich ist dies für ersteren irrelevant, solange er selbst erwarten kann, sich mittels Geld am Markt versorgen zu können. Es wird also für den Anbieter von Gütern und Diensten gerade nicht *sichtbar*, ob der Nachfrager eine gesellschaftliche (Gegen-) Leistung erbringt und für die Kosten seiner Ressourcennutzung einsteht.

Schließlich entsteht ein systematisches, weil durch Geld selbst produziertes Problem dadurch, daß die Informations- und Vertrauensdefizite, von deren Bearbeitung der Markt durch den Übergang zu einem monetären Allokationsmodus entlastet wird, sich nun in konzentrierter Form im Hinblick auf das gesellschaftliche Zahlungsmedium selbst stellen. Wenn Knapp (1921, 91) sagt, daß eine Zahlung in "definitivem" Geld wirtschaftliche Transaktionen für alle Beteiligten vollständig beendet, so kann dies eben nicht bedeuten, daß die bloße staatliche Setzung eines Zahlungsmittels bereits seine allgemeine Akzeptanz sichert – was bei Knapp (1909) so durchscheint.

Zwar haben individuelle Marktakteure ein *Bedürfnis* nach einem allgemeinen Zahlungsmittel, so daß ein potentielles Geldmedium deshalb mit einem Vertrauensvorschuß bedacht werden mag, der letztlich Ausdruck eines Wunschdenkens sein kann. Aber Geld muß Vertrauen genießen, wobei zudem jeder einzelne Geldnutzer weiß, daß der Grad an Vertrauen, den *er* einer verwendeten Währung rationalerweise entgegenbringen kann, von der Wertschätzung *aller anderen* Geldnutzer abhängt (Luhmann 1968, 63, 90; vgl. Richter 1990, 104).

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, daß immer wieder die Frage nach der "Deckung" des Geldes auftaucht. Die bislang in der Argumentation unterstellte Figur eines bekannten, wohlhabenden Gläubigers mit perfekter Reputation, dessen Schuldscheine nicht zur Einlösung präsentiert werden, diente allein heuristischen Zwecken, obschon diese Konstellation in der praktischen Geld- und Bankgeschichte eine große Rolle gespielt hat. Aber die – im Falle ausreichender Reserven des Geldemittenten – vollziehbare *Einlösung* eines Geldmediums zeigt nicht die Solidität, sondern die Krise dieser Währung an, die Negation von Geld. Dies wird daran deutlich, daß die Reserven eines Geldemittenten für sich genommen kaum Geldfunktionen übernehmen könnten: Es handelt sich um *konkrete* Güter oder Vermögenswerte, an denen nur eine Minderheit der Akteure ein direktes Interesse hat und/oder bei denen Zweifel an ihrem spezifischen Marktwert bestehen können.[11]

Einkommen als Ergebnis eines Spiels, in dem Geschicklichkeit und Chancen kombiniert werden. Die aggregierten Resultate dieses Spiels und die Anteile jedes einzelnen an diesen Resultaten sind nur deswegen so groß, wie sie sind, weil wir uns darauf geeinigt haben, dieses Spiel zu spielen. Und nachdem wir uns einmal auf dieses Spiel eingelassen haben und aus ihm Gewinn zogen, sind wir moralisch verpflichtet, Änderungen auch dann hinzunehmen, wenn sie sich gegen uns richten" (Hayek 1967, 119, 122). Zur Erklärung der Akzeptanz auch erheblicher Ungleichverteilung der Einkommensverteilung in Demokratien siehe z.B. Menkhoff (2002).



Da die Geldfunktionen des Wertstandards und des Zahlungsmittels positive Skalenerträge aufweisen, wird ein Geldmedium umso effizienter, je größer sein Währungsraum ist. Die entscheidenden Geldelemente auf der Nachfrageseite, Vertrauen und wechselseitige Akzeptanz, weisen in ihrer Wirkung einen kumulativen Charakter auf. Dies könnte vermuten lassen, daß sich eine einheitliche Währung als Monopollösung aus einem evolutorischen Wettbewerb um die Position eines gesellschaftlich anerkannten und vertrauenswürdigen Geldemittenten heraus entwickelt, ohne daß es dazu einer staatlichen Regulierung bedarf (Dow/Smithin 1999).

Andererseits kann, gerade weil die "Geltung" einer Währung eine Art Konventionsgleichgewicht darstellt, der Suchprozeß des Marktes auch durch eine institutionelle Setzung abgekürzt werden. Dies ist sogar empfehlenswert, da evolutorische Selektion zeitraubend und kostenintensiv ist und keineswegs zwingend zu einem allgemeinen Wohlfahrtsoptimum führt; denkbar ist auch ein "lock-in" in einem nur lokalen Optimum, das dann wegen hoher "sunk costs" nicht verlassen wird (vgl. Setterfield 1997). Das klassische Beispiel war die Gründung der Bank von England 1694, die aus einem beiderseitig vorteilhaften Pakt zwischen Krone und reichen Kaufleuten hervorging, wobei letzteren gegen die Zusicherung billiger Staatskredite das einträgliche Privileg zur Notenausgabe zuerkannt wurde. Geld war insoweit kein spontanes und reines Marktprodukt wie es bei Menger durchscheint; es entstand hier vielmehr durch Einmischung des Staates in das private Kreditgeschäft der Kaufleute.[12]

Die Sicherung der Wertstabilität des Geldes ist heute eine anerkannte staatliche Aufgabe, wobei die Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Regierung und Notenbank in den letzten Jahren zahlreichen und weitreichenden Reformen unterworfen war (vgl. Richter 1996). Es ist festzuhalten, daß Geld als Institution einer Marktwirtschaft selbst einer Institution bedarf, die ihre Stabilität gewährleistet. Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß Geld als Zahlungsmittel in unangemessener Quantität der Güterwelt *gegenübertreten* kann. Damit können relativ zu Geld *alle* Güter knapp werden (was logischerweise in einem reinen Tauschsystem unmöglich wäre). "Weder Geld noch harte Devisen, noch Sachwerte, noch die Autorität des Staates garantieren den Geldwert. Die Garantie liegt vielmehr in der Knappheit

[11] Das offenbar tief verwurzelte "Substanzdenken" beim Geldthema zeigt sich daran, daß immer wieder Versuche einer Fundamentalwerttheorie unternommen werden, so jüngst in der sog. Eigentumstheorie des Geldes (Heinsohn/Steiger 2000 und 2002; vgl. auch dazu Spahn 2001, 57 ff).

[12] Vgl. Ingham 2000; Spahn 2001, 69 ff. Der lange gepflegte Streit zwischen der "Staatlichen Theorie des Geldes" und ihren Kritikern war eher unnötig polarisierend. Natürlich hat Knapp (1921, 26) völlig Recht, wenn er gegen so manche klassische Positionen gerichtet betont, daß Geld in der "Chartalverfassung der Zahlungsmittel" nicht durch seinen Substanzwert bestimmt ist. Er hat allerdings das Problem der Wertsicherung eines gesetzlichen Zahlungsmittels nicht behandelt. Auf der anderen Seite hält Menger fest, daß Geld "seinem Ursprunge nach keine staatliche, sondern eine gesellschaftliche Erscheinung" sei, fügt jedoch hinzu: "Wohl aber ist die Institution des Geldes [...] durch staatliche Anerkennung und Regelung in ähnlicher Weise vervollkommnet und den vielfältigen und wechselnden Bedürfnissen des sich entwickelnden Verkehrs angepaßt worden, wie das Gewohnheitsrecht durch die Gesetzgebung" (Menger 1909, 574; vgl. Richter 1990, 108 f).

selbst" (Luhmann 1988, 201; vgl. 70, 195).

Aber diese Hoffnung auf die Knappheit bzw. Knapphaltung einer für abgrenzbar befundenen Quantität "Geld" ist eine Schimäre. In der Geldgeschichte war nicht nur der praktische Rückzug auf den "letzten", inneren Wert des Geldes zu beobachten (typischerweise in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit), sondern umgekehrt auch die innovative Ausdehnung der Menge *und Art* der Zahlungsmittel. Die Gründe für eine derartige Evolution können zum einen in der Marktreaktion auf politische Regulierungsversuche des Geldumlaufs liegen, die die Verwendung eines offiziellen Zahlungsmittels verteuern und damit einen Substitutionsprozeß in Gang setzen.

Zum anderen zeigt sich hier jedoch der konventionelle Charakter eines jeglichen Geldmediums. Während Zentralbankgeld nach wie vor allein als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, hat sich in der Praxis längst die Übertragung einer *Forderung* auf Zentralbankgeld als faktisches Zahlungsmittel durchgesetzt; elektronische Transfers zwischen Nichtbanken stellen den nächsten Schritt der Entwicklung dar.[13] Bei diesem Prozeß handelt es sich *nicht* um eine Rückkehr zu individuellen Schuldkontrakten, zu "privatem" Geld; vielmehr bleiben alle Forderungen stets auf Einheiten des gemeinsamen Wertstandards bezogen, und die Akzeptanz eines Zahlungsversprechens an Zahlungs Statt beruht auf der Reputation und Regulierung der Finanzinstitutionen und Geschäftsbanken, die in dezentraler Weise gleichsam Schumpeters "soziales Hauptbuch" führen.

Formal werden derartige Prozesse als Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit "des Geldes" registriert. Diese Redeweise suggeriert eine grundlegende Stabilität der Institution einer nationalen Währung, die eben zeitweise nur in unterschiedlicher Intensität von den Akteuren genutzt worden sei. Tatsächlich verbirgt sich dahinter jedoch ein mehr oder weniger kontinuierlicher Wandel der Zahlungssitten. Damit treten Wertstandard und Zahlungsmittel auseinander. Während ersterer (als "money of account") in seiner Verwendung ohnehin nicht beschränkt werden kann, wird die implizite Übereinkunft der Individuen über den Inhalt der Erfüllung eines Zahlungsversprechens zu einer endogenen Verhaltensvariablen im System der Finanzmärkte.

### *Der vermögenswirtschaftliche Charakter der Geldordnung*

Die als bloße Transaktionserleichterung "gedachte" monetäre Allokation verändert schließlich auch den Charakter der Wirtschaftsordnung im Vergleich zur hypothetischen Tauschwirtschaft. Indem sich die Wirtschaftssubjekte dem gleichen Wertstandard unterwerfen und in der gleichen "monetären Sprache reden" müssen, lernen sie, in Geldeinheiten zu messen und zu

[13] Schumpeter hatte dieses Phänomen schon früh erkannt: "Während ich auf einer Forderung auf ein Pferd nicht reiten kann, so kann ich mit einer Forderung auf Geld unter Umständen ganz dasselbe tun wie mit diesem Geld selbst, nämlich kaufen" (1934, 142 n; vgl. Gale 1982, 187; Dow/Smithin 1999; Europäische Zentralbank 2000; Issing 2000).



denken. Die Norm der Bezahlung von Leistungen kann die sozialen Aspekte des Wirtschaftslebens schwächen und persönliche Vertrauensbeziehungen auflösen (vgl. Luhmann 1988, 238 ff; Heering 1999).

Der entscheidende Punkt ist jedoch nicht die oft beklagte Eindimensionalität geldlicher Motive in der Gesellschaft, sondern die rentabilitätsorientierte Form des Wirtschaftens, die sich mit der universellen Norm der Verwendung des Geldes als Zahlungsmittel durchsetzt. Geld als Medium einer gerechten Güter*verteilung* erzwingt eine geldliche Form der Güter*produktion*. Ökonomische Projekte müssen sich unabhängig von ihrem realwirtschaftlichen Gehalt und Sinn in Geldeinheiten rechnen, weil der Produktionsprozeß stets monetären Gläubiger-Schuldner-Beziehungen untergeordnet ist. Entscheidungen zwischen Zahlung und Nicht-Zahlung prägen das Wirtschaftssystem (vgl. Keynes 1933a und 1933b; Luhmann 1988, 243).

Geld ist ein "revolving fund", der stets temporär im Kreditkontrakt gegen Zins zur Verfügung gestellt wird. Im Unterschied zu anderen gemeinsamen "Standards" oder öffentlichen Gütern weist die Institution Geld den Aspekt eines strikten Ausschlußprinzips und einer Konsumentenrivalität auf: nämlich bei der Funktion des Zahlungsmittels. Zahlungsfähigkeit wird zum entscheidenden "Überlebenskriterium" in der Marktgesellschaft. Der Preis für Zahlungsfähigkeit ist der Zins: ein Preis für die Teilnahme am Allokationsprozeß der Märkte.

Die in der Wirtschaftswissenschaft tradierte Vorstellung, der (Real-) Zins sei eine Steuergröße im Entscheidungsprozeß über intertemporale Ressourcenverwendung, entstammt der fiktiven Modellwelt einer Tauschökonomie. In der Geldwirtschaft ist der Zins jedoch kein "Preis der Zeit" und insoweit kein intertemporaler Preis, als es um die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit in der Gegenwart geht; das Bestreben nach Liquidität erzeugt damit eine pekuniäre Ertragsrate für Finanzaktiva, d.h. für künftig erfüllbare Zahlungsversprechen. Schon Galiani (1751, 392) sprach vom "Geschwisterpaar" des Wechselkurses und des Zinses, wobei ersterer den räumlichen und letzterer den zeitlichen Wertausgleich zwischen Geldsummen regele. Mit diesem Hinweis auf den monetären Kern von Wechselkurs und Zins hat Galiani der modernen Wirtschaftswissenschaft einen Weg gewiesen, auf den sie nach 250 Jahren nur langsam zurückfindet.

### *Literatur*


Altvater, E. (1992): Die Zukunft des Marktes, 2. Aufl. Münster

Altvater, E. (2001): Aporien des Monetärkeynesianismus, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 11, S. 498-501

Anderson, G. M., Tollison, R. D. (1984): Sir James Steuart as the Apotheosis of Mercantilism and His Relation to Adam Smith, in: Southern Economic Journal, 50, S. 456-468

Arestis, P., Eichner, A. S. (1988): The Post-Keynesian and Institutionalist Theory of Money and Credit, in: Journal of Economic Issues, 22, S. 1003-1021

Arrow, K. J. (1974): The Limits of Organization, New York

Axelrod, R. (1984): The Evolution of Cooperation, New York

Barens, I. (1988): Die (doppelte) Rolle des Geldes bei Keynes, in: Hagemann, H., Steiger, O. (Hg.): Keynes' General Theory nach fünfzig Jahren, Berlin, S. 217-236

Boland, L. A. (1981): On the Futility of Criticizing the Neoclassical Maximization Hypothesis, in: American Economic Review, 71, S. 1030-1036

Coleman, J. S. (1990): Foundations of Social Theory, Cambridge, London 1994
Dillard, D. (1980): A Monetary Theory of Production – Keynes and the Institutionalists, in: Journal of Economic Issues, 14, S. 255-274
Dillard, D. (1987): Money as an Institution of Capitalism, in: Journal of Economic Issues, 21, S. 1623-1647
Dow, S. C., Smithin, J. (1999): The Structure of Financial Markets and the "First Principles" of Monetary Economics, in: Scottish Journal of Political Economy, 46, S. 72-90
Elsner, W. (1989): Adam Smith's Model of the Origins and Emergence of Institutions, in: Journal of Economic Issues, 23, S. 189-213
Europäische Zentralbank (2000): Fragen rund um den Einsatz von elektronischem Geld, Monatsbericht November, S. 55-67
Gale, D. (1982): Money – In Equilibrium, Cambridge
Galiani, F. (1751): Über das Geld (hg. von W. Tabarelli), Düsseldorf 1999
Ganßmann, H. (2000): Geld als soziale Tatsache, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 11, S. 506-509
Gijsel, P. de, Haslinger, F. (1988): Keynes' monetäre Begründung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, in: Hagemann, H., Steiger, O. (Hg.): Keynes' General Theory nach fünfzig Jahren, Berlin, S. 237-252
Hahn, F. H. (1977): Keynessche Theorie und Allgemeine Gleichgewichtstheorie – Überlegungen zu einigen aktuellen Debatten, in: Hagemann, H. u.a. (Hg.): Die neue Makroökonomik. Frankfurt, New York 1981, S. 240-259
Hahn, F. H. (1982): Money and Inflation, Oxford
Hayek, F. A. von (1967): Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: Ders.: Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 108-125
Heering, W. (1999): Privateigentum, Vertrauen und Geld, in: Betz, K., Roy, T. (Hg.): Privateigentum und Geld, Marburg, S. 99-143
Heinsohn, G., Steiger, O. (2000): The Property Theory of Interest and Money, in: Smithin, J. (Hg.): What Is Money? London, New York, S. 67-100
Heinsohn, G., Steiger, O. (2002): Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum, Marburg
Ingham, G. (2000): "Babylonian Madness" – On the Historical and Sociological Origins of Money, in: Smithin, J. (Hg.): What Is Money? London, New York, S. 16-41
Issing, O. (2000): Hayek – Currency Competition and European Monetary Policy, Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 111, London
Keynes, J. M. (1933a): A Monetary Theory of Production, in: Clausing, G. (Hg.): Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, München, S. 125-127
Keynes, J. M. (1933b): The Distinction between a Co-operative Economy and an Entrepreneur Economy, in: Moggridge, D. (Hg.): The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 29, London, Basingstoke 1979, S. 76-87
Keynes, J. M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
Kiyotaki, N., Moore, J. (2002): Evil Is the Root of All Money, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, 92, S. 61-66
Knapp, G. F. (1909): Geldtheorie, staatliche, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, 3. Aufl. Jena, S. 610-618
Knapp, G. F. (1921): Staatliche Theorie des Geldes, 3. Aufl. Leipzig
Kregel, J. A. (1980): Markets and Institutions as Features of a Capitalistic Production System, in: Journal of Post Keynesian Economics, 3, S. 32-48
Kregel, J. A. (1995): Neoclassical Price Theory, Institutions, and the Evolution of Securities Market Organisation, in: Economic Journal, 105, S. 459-470
Kromphardt, J. (1988): Keynes' Analyse monetärer Produktionswirtschaften und die Erklärung andauernder Arbeitslosigkeit, in: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 6: Die Aktualität keynesianischer Analysen, Frankfurt, New York, S. 99-120
Laidler, D. (1988): Taking Money Seriously, in: Canadian Journal of Economics, 21, S. 687-713
Lavoie, M. (1984): The Endogenous Flow of Credit and the Post Keynesian Theory of Money, in: Journal of Economic Issues, 18, S. 771-797
Luhmann, N. (1968): Vertrauen – Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 2000
Luhmann, N. (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt 1996
Marx, K. (1859): Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1970
Marx, K. (1890): Das Kapital, Bd. 1, 4. Aufl., Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962
Matthews, R. C. O. (1984): Darwinism and Economic Change, in: Oxford Economic Papers, 36,



Supplement, S. 91-117
Menger, C. (1909): Geld, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, 3. Aufl. Jena, S. 555-610
Menkhoff, L. (2002): Stabile Ungleichverteilung in der Demokratie und individuelle Wahrnehnung, in: Ders., Sell, F. L. (Hg.): Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung, Berlin u.a., S. 271-290
Minsky, H. P. (1980): Money, Financial Markets, and the Coherence of a Market Economy, in: Journal of Post Keynesian Economics, 3, S. 21-31
Minsky, H. P. (1982): Can It Happen Again? Essays on Instability and Finance, Armonk
Ostroy, J. M., Starr, R. M. (1990): The Transactions Role of Money, in: Friedman, B. M., Hahn, F. H. (Hg.): Handbook of Monetary Economics, Bd. 1, Amsterdam u.a., S. 3-62
Richter, R. (1990): Geldtheorie – Vorlesung auf der Grundlage der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Institutionenökonomie, 2. Aufl. Berlin u.a.
Richter, R. (1996): Theorie der Notenbankverfassung aus der Sicht der Neuen Institutionenökonomik, in: Bofinger, P., Ketterer, K.-H. (Hg.): Neuere Entwicklungen in Geldtheorie und Geldpolitik, Tübingen, S. 119-136
Richter, R. (2002): Warum Preisstabilität? In: Deutsche Bundesbank (Hg.): Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 4, Frankfurt, 23.1.02, S. 4-11
Riese, H. (1995): Geld – Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Schelkle, W., Nitsch, M. (Hg.): Rätsel Geld, Marburg, S. 45-62
Schotter, A. (1981): The Economic Theory of Institutions, Cambridge u.a.
Schumpeter, J. A. (1934): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 4. Aufl. Berlin
Schumpeter, J. A. (1970): Das Wesen des Geldes, Göttingen
Setterfield, M. (1997): Should Economists Dispense With the Notion of Equilibrium? In: Journal of Post Keynesian Economics, 20, S. 47-76
Simmel, G. (1907): Philosophie des Geldes, 2. Aufl., Neuausgabe Frankfurt 1991
Skaggs, N. T. (1997): Henry Dunning Macleod and the Credit Theory of Money, in: Cohen, A. u.a. (Hg.): Money, Financial Institutions and Macroeconomics, Boston u.a., S. 109-123
Spahn, H.-P. (2001): From Gold to Euro – On Monetary Theory and the History of Currency Systems, Berlin, Heidelberg
Spahn, H.-P. (2002): Die Ordnung der Gesellschaft als Zahlungswirtschaft, in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 21, S. 47-72
Steuart, J. (1770): Untersuchung über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Jena 1913
Weber, M. (1976): Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. Tübingen
Williamson, O. E. (1985): The Economic Institutions of Capitalism, New York

*Abstract*

Starting from a "vision" on the role of money in society sketched out by the late-mercantilist writer Ferdinando Galiani, the paper elaborates on money as a kind of implicit contract between market agents. Problems of mutual low information and trust in the exchange of resources can be eluded by using spot transfers in terms of a generally accepted means of payment. The use of money thus evolves as a substitute for a fragile network of interpersonal and intertemporal creditor-debtor relations, and insofar helps to eliminate the time dimension from economic processes. Money serves as a "language" of economic communication, and manages an exclusive transfer of private property rights. From a social point of view, money is a transparent bookkeeping device which indicates that market agents do not exceed their budget constraint when acquiring resources; as money is supposed to act as an impartial arbiter when distributing market income, the impression of a "fair trade" might support social stability of the market system. In spite of various shortcomings when fulfilling this function, money should be interpreted as an institution which enhances the coherence of a market society, and not as a source of disturbance impeding the realization of a full-employment welfare optimum.

*JEL classification: E4*